



18. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

## Entschließungsantrag

der Abg. Faeser, Franz, Quanz, Rudolph (SPD) und Fraktion

betreffend Stopp des Rückzugs der Polizei aus der Fläche

Der Hessische Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass die Gewährung der Sicherheit und Ordnung zum Schutz der Bevölkerung zu den originären Aufgaben der Polizei und damit des Landes gehören.
2. Der Hessische Landtag kritisiert, dass durch den Personalabbau und zusätzlichen Überstundenanfall bei der Polizei die Gewährleistung des Schicht- und Wechseldienstes in den Polizeidienststellen in der bisherigen Form nachdrücklich gefährdet ist.
3. Der Hessische Landtag lehnt daher jegliche gänzliche oder teilweise Schließung von Polizeidienststellen in Hessen ab.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass insbesondere im ländlichen Raum die gänzliche oder teilweise Schließung von Polizeidienststellen einen zeitnahen polizeilichen Einsatz sowie eine direkte und unmittelbare Erreichbarkeit für den Bürger erschwert und beeinträchtigt. Eine Verschlechterung der Bürgerversorgung ist daher abzulehnen.

### Begründung:

CDU und FDP geben im Rahmen Ihres Koalitionsvertrages vor, die Stärkung des Polizeidienstes fortsetzen zu wollen. Ebenso hat der heutige Minister des Innern und für Sport in den letzten Monaten immer wieder behauptet, dass man trotz des Stellen- und Personalabbaus der letzten Jahre und trotz der ebenso seit Jahren von ihm zu verantwortenden zu geringen Einstellungsquoten aktuell mehr Polizeibeamte zur Verfügung habe als vor 10 Jahren.

Dass diese Verschleierungsversuche der Personalmisere in der Polizei nicht erfolgreich sein können, belegen nicht nur die insbesondere von der Gewerkschaft der Polizei regelmäßig offengelegten Zahlen, sondern insbesondere auch der Rückzug der Polizei aus der Fläche.

So sind bereits in einigen Regionen Hessens Polizeidienststellen gänzlich oder zeitweise geschlossen worden, weil dem Innenminister das Personal zur ausreichenden Besetzung fehlt und durch die Ausgestaltung von Dienstplänen systematisch Überstunden anfallen, die insbesondere in so genannten Rand- und Nachtzeiten zu einer weiteren Ausdünnung der Personaldecke führen. Zu Beginn des Jahres 2008 waren nach GdP-Angaben hiervon rd. ein

Duzend Dienststellen betroffen. So wurden in Kassel das 3., 4. und 7. Polizeirevier zu reinen Tagesdienststellen umgewandelt, so dass der Bevölkerung hier kein Beamter mehr rund um die Uhr als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Das Gleiche gilt für die Polizeistationen Ehringshausen, Dreieich, Hattersheim, Viernheim und das 3. Polizeirevier in Offenbach. Komplett geschlossen, wurden die Polizeiposten Harleshausen, die Polizeiautobahnstation Herborn und Lorsch sowie die Polizeistation Rödermark.

Nach aktueller Berichterstattung des Hessischen Rundfunks soll dieser Kahlschlag in der Fläche nun im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Eschwege fortgesetzt werden und insbesondere die Städte Hessisch Lichtenau und Witzenhausen betreffen. Zudem gibt es weitere Hinweise, dass auch das 3. Polizeirevier im Norden Darmstadts gefährdet ist, das für den nördlichen Teil Darmstadts (Arheilgen und Wixhausen) sowie den sich von Messel über Erzhausen bis Weiterstadt und die dortige Justizvollzugsanstalt erstreckenden Teil des Landkreises Darmstadt Dieburg zuständig ist..

Wiesbaden, den 24.03.2009 – Stu/ru – g:/texte/initiativen/ina/EA\_Polizeidienststellen.doc

Für die SPD-Fraktion  
Der Fraktionsvorsitzende

Thorsten Schäfer-Gümbel

Nancy Faeser

Dieter Franz

Lothar Quanz

Günter Rudolph